

Jahre in Japan und Skandinavien sowie vor der aktuellen weltweiten Krise. Nationale Finanzkrisen traten seit der Liberalisierung und Globalisierung der Kapitalmärkte in den Achtziger- und Neunzigerjahren ausgesprochen häufig auf (Lateinamerika, Südostasien usw.).

Reagan schwärmte von seinem großen Programm zur Deregulierung der Finanzmärkte.¹⁵ Ohne diese Liberalisierung wäre das Auftürmen und Hebeln von Fremdkapital nicht möglich gewesen.

Die neoklassische Theorie, welche die Freiheit des Marktes auf ihre Fahnen heftet, ist deshalb von großen Krisen jedes Mal völlig überrascht. Die unzureichende Anpassung der Löhne nach unten hätte das segensreiche Wirken des Marktes behindert, behaupteten Hayek und Mises in den Dreißigerjahren. Heute klingen solche Erklärungen ebenso realitätsfern wie der gegenwärtige Versuch, dem Staat die Schuld an der aktuellen Krise zuzuschieben und ihn gleichzeitig als Retter herbeizurufen. Staatliche Hilfen und stabile Löhne sind heute ein Bollwerk gegen Deflation, welche die Finanzkrise nur noch zuspitzen würde.

7. Wirtschaftspolitik nach einer Finanzkrise

Finanzkrisen sind dadurch gekennzeichnet, dass Schulden und Vermögen ein unhaltbares Maß erreicht haben. In dieser Situation ist die traditionelle antizyklische Konjunkturpolitik zwar notwendig, um eine Deflation zu verhindern. Sie wird aber im Regelfall – im Gegensatz zu einer normalen Rezession – nicht ausreichen, weil sie die hohen Schulden aller volkswirtschaftlichen Sektoren nicht verringert. Die bisherige Politik der Sicherung hoher Vermögen durch zusätzliche Belastung der Bevölkerung ist zweifellos der falsche Weg. Auch ein „Herauswachsen“ aus den Schulden durch steigende Einkommen ist in dieser Situation eine trügerische Hoffnung.

Die Austeritätspolitik, die von IMF und EU verordnet wird, macht die Situation nur noch schlimmer. Das Sozialprodukt der betroffenen Länder sinkt, die Jugendarbeitslosigkeit nimmt dramatisch zu, und die Schulden steigen weiter. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Südeuropa infolge der überzogenen Sparpolitik hat selbst den Internationalen Währungsfonds überrascht und eine Diskussion über Multiplikatoren, d. h. über die negativen Auswirkungen von Budgeteinsparungen, ausgelöst.¹⁶

Die notwendige Verringerung der Schulden- und Vermögensquote sollte auf sozialer verträglicher Art erreicht werden: Vermögens- und Erbschaftssteuern, höhere Spitzensteuersätze, negative Realzinsätze sowie Schuldenschnitt. Sarah Wagenknecht (2011, S. 352f) und Markus Marterbauer (2007, S. 144f) weisen besonders auf die notwendige Belastung der Vermögensbesitzer hin.

Niedrige Zinssätze und anzustrebende höhere Inflationsraten – d. h. ne-

gative Realzinsen – sind ein erster wichtiger Schritt, der die Probleme der Schuldner mildert. Dieser Schritt reicht jedoch bei Weitem nicht. Es dauert viel zu lange, bis die niedrigen Zinssätze voll wirken.

Die Gläubiger müssen ihren Teil mittragen, wie etwa in Griechenland und Zypern. Ein teilweiser Schuldenerlass¹⁷ ist notwendig, um einen Neustart der Wirtschaft zu ermöglichen. Auch die Privathaushalte sollten von (Hypothekar-)Schulden entlastet werden. Paul Davidson (2011, S. 34ff) führt entsprechende Beispiele aus den Dreißigerjahren an: Umschuldung sowie Umwandlung von Wohnungseigentum in Miete.

Selbst ein Schuldenabbau bzw. -erlass reicht aber in dieser Situation oft nicht aus. Es müssen auch die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen und der Einkommensverteilung, die zu Sparüberschüssen führen, verringert werden. Das Sparen sollte an das geringere Investitions- und Wirtschaftswachstum angeglichen werden. Einkommensumverteilung und kürzere Arbeitszeiten sind dabei zentrale Strategien.

8. Wirtschaftspolitik für Europa: Mehr Solidarität statt Disziplinierung

Die besonderen Schwächen des Euroraums liegen nicht bei den Staatsschulden, sondern in der mangelnden Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Die USA, Großbritannien und Japan haben weit höhere Staatsschulden, dennoch sind sie nicht ins Visier der Finanzmärkte geraten.

Deutschland will Wettbewerbsvorteile aus dem gemeinsamen Währungsgebiet ziehen, ist aber nicht bereit, Verantwortung für den gesamten Euroraum zu übernehmen. Wenn jedes Euroland für seine maroden Banken selbst aufkommen muss – wie das die deutsche Bundesregierung zunächst wiederholt betonte –, dann heißt das nicht anderes, als dass Eurostaaten in Konkurs gehen können. Durch den Euro-Rettungsschirm und die Bereitschaft der Europäischen Zentralbank, unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen, ist dies im letzten Moment verhindert worden.

Die Europäische Union hat in den Maastricht-Verträgen der Budgetkonsolidierung absoluten Vorrang eingeräumt. Diese Politik schlug fehl, weil sie den engen Zusammenhang zwischen Leistungsbilanz- und Budgetdefiziten vernachlässigte. Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten haben immer auch hohe Budgetdefizite.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zerfällt heute in Gläubiger- und Schuldnerländer. Die Gläubigerländer im Euroraum ziehen einen großen Vorteil aus der Währungsunion: Sie sind vor einer starken Aufwertung geschützt. Die massive Aufwertung des Schweizer Franken zeigt, wie es Deutschland ohne Euro ergehen würde. Die Gläubigerländer müssen deshalb auch ihren gebührenden Beitrag leisten. Die Wirtschafts-